

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 726.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-wöchige Zeit 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-wöchige Zeit 0,50 Mk., von auswärts 1.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Kündigung bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3230.

Nr. 27

Mittwoch, den 2. Februar 1921

12. Jahrgang

Deutsche Ablehnung der Pariser Beschlüsse.

Reichsminister Simons über die Wiedergutmachungsforderungen.

Berlin, 1. Febr. Im Reichstag fand heute die Entgegennahme einer Regierungserklärung zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz statt. Haus und Tribünen waren überfüllt. Auch vor dem Reichstagsgebäude drängte sich eine große Menschenmenge. Im Ministertische saßen sämtliche Kabinettsmitglieder und zahlreiche Regierungsvertreter und Vertreter aller Länder. Die Diplomatentage war ebenfalls stark besetzt. Anwesend waren u. a. der französische Botschafter, der österreichische Vertreter, die Vertreter der Tschechoslowakei und der Schweiz.

Reichsminister Simons schilderte die Verwirrung, die durch die Pariser Verhandlungen entstanden sei. Das Ergebnis früherer Verhandlungen und der Vorschlag von Senhauser sind ganz in den Hintergrund getreten. Trotz der vorläufigen wirtschaftlichen Unsicherheit Deutschlands erfolgt ein einseitiges Diktat ohne Befragung deutscher Sachverständiger. Wo bleiben die Anrechnungen dessen, was wir schon geleistet haben. Auch ist nichts gesagt, ob wir bei Ausgabe der Bons, die beim Waffenstillstand hinterlegten Schatzscheine zurück erhalten. Das neue Programm enthält also Unklarheiten und Widersprüche. Variable Summen dürfen uns nicht auferlegt werden. Desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur dreißig Jahre der Tilgung vorgesehen. Von allem ist keine Rede mehr. Es muß doch festgestellt werden, wie hoch der angelegte Schaden eigentlich ist. Was Frankreich bisher aufgewendet hat, ist verschleudert worden, ohne daß nur eine Mauer damit aufgebaut worden ist. Die Schätzungen der französischen Sachverständigen sind Herrn Poincaré zu niedrig erschienen. Sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige heranzuziehen, ist niemand eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben werde, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat seinerzeit selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Zollkontrolle war nie zuvor die Rede. Die Regierung ist sich darüber klar, daß der Weg, der vorgeschlagen werde, unpraktisch und somit ungangbar ist und auf eine wirtschaftliche Verflistung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Rabattsätze von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubte vielleicht, wir könnten im Ausland eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission über eine Barriere gezogen haben. Es würde auch nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Zollabgabe ist eine Erdrückung der deutschen Industrie. Muß das Ausland sie tragen, wird der Abfall erschwert. Ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Gefangenearbeit ist stets eine unheimliche Konkurrenz der freien Arbeit. Wir werden 42 Jahre lang Gefangenearbeit leisten müssen.

Nachdem Simons geendet hatte, wurde nach einer kurzen, durch den kommunistischen Berufsfraktionler Adolf Hoffmann veranlaßten Geschäftsordnungsdebatte die Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Berlin, 2. Febr. Die gestrigen Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Simons im Reichstage über die Ententevorschlüsse in der Reparationsfrage finden die Zustimmung der gesamten Presse. Die Blätter heben besonders die nachterne Sachlichkeit der Rede hervor, die mehr überzeuge als große Worte.

Der „Vorwärts“ schreibt, daß das deutsche Volk und die ruhigen Köpfe der übrigen Welt eine andere Erklärung des Reichsministers nicht haben erwarten können. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit jener Pariser Verhandlungen gibt es in ganz Deutschland ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme, wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu begegnen, die Meinungen verschieden sind. Kaum jemals noch ist in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende sachliche Übereinstimmung zu verzeichnen gewesen.

Auch die „Freiheit“ stimmt der sachlichen Kritik des Ministers über die unerträgliche Schwere der Bedingungen zu. In der Tatsache, daß Deutschland Gegenwortschlüsse machen werde, sieht das Blatt die Möglichkeit für weitere Verhandlungen mit der Entente.

Wie die Blätter melden, werden in der heutigen Reichstagsung die Koalitionsparteien durch einen Redner eine gemeinsame Erklärung abgeben, deren Wortlaut zwischen den Parteien vorher vereinbart worden ist. Die übrigen Parteien werden gesondert Erklärungen abgeben. Alle Parteien werden in diesen Erklärungen ihre Zustimmung zu der Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber den Be-

schlüssen der Pariser Konferenz kundgeben und sich hinter die Regierung stellen. Nur die Kommunisten werden sich an der Einheitsfront des Reichstages nicht beteiligen. In der Besprechung der Parteiführer mit dem Minister des Auswärtigen über die Entwaflungsfrage herrschte Übereinstimmung darüber, daß die neuen Bedingungen anerkannt werden müßten, soweit sie nicht über den Betrag von Versailles hinausgehen. Das tun sie aber in der Frage des Luftfahrwesens, und hier soll auf dem Wege der Sachverständigenbesprechung alles daran gesetzt werden, die Lebensinteressen der deutschen Flugzeugindustrie zu schützen. Auch kommt die Anregung eines Schiedsgerichts in Frage.

Kopenhagen, 1. Febr. „Socialdemokraten“ nennt in einem Artikel die neuen Ententeforderungen an Deutschland, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, eine schreckliche Rauberei und ein unbarmherzig grausames Todesurteil. Wenn die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika deportiert und in die Sahara gesagt hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt — auch die der siegreichen Länder — gegen diese Entscheidung protestieren werden, durch die die Arbeiter auch in den andern Ländern in das schwarze Elend geraten. Selbst die schwarzen Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42-jährigen Pünderungszug in dem zum Tode verurteilten Lande unatuglich sein.

Auch in der Schweizer Presse erfahren die Pariser Beschlüsse die schärfste Ablehnung. Besonders bemerkenswert ist ferner, daß in amtlichen amerikanischen Kreisen die Durchführung dieser Bestimmungen als schwere Schädigung der amerikanischen Handelsbeziehungen nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit den Alliierten erklärt wird. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel glaubt man übrigens dort schon, daß die für den 7. Februar angelegte Brüsseler Sachverständigenkonferenz verschoben werden wird.

Ehrenwerte polnische Abstimmungskommissare.

Loebtschütz, 1. Febr. Der polnische Viebzählkommissar Koniechny wurde wegen Mordankündigung und Gewalttaten beim letzten Putsch verhaftet. Sein Vorgänger, der sich als alter Zuchthäuser entpuppt hat, ist dieser Tage wegen Unterschlagung von 20 000 Mark verhaftet worden.

Berlin, 1. Febr. Auf Grund von Verfällen, die in den letzten Tagen bei der polnischen Propaganda beobachtet worden sind, wird von zutändiger Seite darauf hingewiesen, daß das Abkommen mit Polen über die gegenseitige Duldung der Werbearbeit für Oberschlesien selbstverständlich nicht dazu führe, daß eine nach dem Strafgesetz unzulässige Werbetätigkeit wie z. B. Stimmenkauf geduldet wird.

Erhöhung der Mehration in Deutschland.

Berlin, 1. Febr. (Amtlich. W. T. B.) Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar d. Js. statt wie bisher 600 Gramm bis 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inlande hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbände beträgt 7,50 Mark, entsprechend dem günstigeren Einkauf und den Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Amerikanische Auslandskredite.

London, 1. Febr. Daily Express meldet aus Newyork, daß der endgültige Schritt zur Bildung der Außenhandelsfinanz-Korporation zur Unterstützung beim Wiederaufbau Europas durch das formelle Angebot von Aktien an das Publikum erfolgt ist. 30 000 Banken in ganz Amerika nahmen die Verteilung der Prospekte an Fabrikanten und Finanziers in die Hand. Der andere Teil des Planes umfaßt die Verleihung von Krediten an das Ausland in Höhe von insgesamt 250 Millionen Pfund Sterling.

Der Arbeitsmarkt in Amerika.

Washington, 1. Febr. Der Monatsbericht des „Federal Reserve Board“ stellt fest, daß die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat. Es bleiben jedoch immer noch 3 473 000 Arbeitslose. In gewissen Bezirken hat sich die Lage der Textilindustrie gebessert.

Der Göze von Versailles.

In der wirklichen Weltrevolution, die wir bereits seit dem August 1914 — ganz anders, als sie in der Vorstellung kommunistischer Ideologen und Phantasten erscheint — erleben, kündigt sich eine Zeitwende von einer weltgeschichtlichen Tragweite an, wie wir sie ähnlich etwa im Zeitalter der Völkerwanderung, der Kreuzzüge, der Reformation und der französischen Revolution rückblickend wahrnehmen können. Eine solche Zeitwende pflegt immer von furchtbaren Krisen und Erschütterungen begleitet zu sein. Ein riesenhafter Kampf zwischen verschiedenen Weltanschauungen, Wirtschaftsformen und gesellschaftlichen Zuständen spielt sich ab, und die Mächte, die noch vom Geiste des untergehenden Zeitalters befangen sind, stehen dem großen weltgeschichtlichen Umsturz ratlos gegenüber und suchen sich der naturnotwendigen Entwicklung mit allen Kräften entgegenzustellen.

Diese Gedanken legt heute das Resultat der Pariser interalliierten Ministerkonferenz wieder mit ganz besonderer Eindringlichkeit nahe. Man kann sich bei den Bestimmungen, die dort für die Durchführung der deutschen Wiedergutmachungsvorschriften getroffen sind, geradezu in das finstere Mittelalter mit seinen Füllern und Kegerverbrennungen zurückversetzt fühlen. Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, die Clemenceau ausdrücklich als das Ziel des Friedensvertrages von Versailles erklärt hat, erscheint in den neuen Pariser Abmachungen in Reinkultur. Eine geradezu satyrische Zerstörungswut, die jeder vernünftigen Forderung nach „Wiedergutmachung“ Hohn spricht, tobt sich in den Beschlüssen der Entente-Minister aus, und man weiß wirklich nicht, ob man aus ihrer Durchführung für Deutschland ein Ende mit Schrecken oder einen Schrecken ohne Ende voraussehen soll. Um den Hals des deutschen Volkes soll eine Schlinge gelegt werden, und der Verurteilte soll dauernd der Gefahr der Erdrückung entgegenzittern.

Die erste Frage, die in Paris besprochen wurde, betraf die Entwaflung Deutschlands. Die Entente ist mit ihrer Durchführung, so weit sie bisher geschehen ist, nicht zufrieden und hat der deutschen Regierung eine umfangreiche Aufstellung ihrer Forderungen für die restliche Entwaflung Deutschlands übermittelt. Man kann die Angst der Westmächte vor einer allzu starken deutschen Militärmacht heute nur noch komisch finden und in den Entwaflungsvorschriften nichts anderes als eine schauspielerische Betonung des Weltfriedensideals erkennen, die einer allgemeinen Völkerschmach entgegenkommt. Immerhin werden wir uns als internationale Bazillisten mit einer allgemeinen Entwaflung gern einverstanden erklären. Aber schon ein Blick auf die hohe Ziffer der Besatzungstruppen im Rheinland zeigt uns, von allen andern Momenten abgesehen, daß „Entwaflung“ und „Weltfrieden“ im Munde unserer Gegner nichts als verlogene Phrasen sind.

Als besonders dringend wurde auch beim Eintritt in die Pariser Konferenz eine satyrische Hilfsaktion für die Republik Österreich bezeichnet. Gerade bei diesem Verhandlungspunkt enthüllte sich die ganze Unentschlossenheit und Ziellosigkeit der großmütigen Helfer. Große, hochtönende Reden, Vertröstungen auf die Zukunft und die Proklamierung wohlwollender Absichten, denen niemals eine Erfüllung folgen wird, gaben den Verhandlungen, wie es auch in den Stimmen der Wiener Blätter zum Ausdruck kommt, ihr Gepräge. „Das zu schaffende Finanzsystem mit nur 200 Millionen Franken Kapital“ — bemerkt mit Recht die „Neue Freie Presse“ — „kann die Verhältnisse Oesterreichs nicht sanieren.“ Kein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen die österreichische Bewegung für einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland einen neuen Aufstoß bekommt. Der deutschösterreichische Lehrerbund hat am Sonntag euker in weiten Kreisen längst durchgedrungenen Wahrheit Ausdruck gegeben, als er in einer einstimmig angenommenen Entschliebung den Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht nur aus kulturellen Gründen forderte, sondern auch als einzigen Weg zur Wirtschaftsförderung Oesterreichs bezeichnete. Freilich bis zu der Erkenntnis der Unhaltbarkeit des Friedensvertrages von St. Germain bei der Entente ist noch ein weiter Weg.

Am kräftigsten aber offenbart sich die Unfähigkeit der Entente-Staatsmänner zur Lösung großer weltpolitischer Probleme an den Wiedergutmachungsbestimmungen. Um den starken Mann zu spielen, um einer pathetischen Geste willen streben die Pariser Gewaltthäter ein weltgeschichtliches Unrecht, die brutale Zerstörung jeder Wiederaufbaumöglichkeit und die völlige Verflistung Deutschlands an, die bei den engen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen doch über kurz oder lang auch die Verarmung und Verelendung der Siegerstaaten nach sich ziehen muß. Deutschland würde durch den gewalttätigen Veruch der Durchführung dieser Wiedergutmachungsbestimmungen in die Lage Ägyptens und ähnlicher englischer Kolonialländer herabgedrückt werden. Ein

stärkendes Beispiel für den Irrsinn solcher Forderungen zeigt die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa. An einer gefälschten französischen Statistik ließ es vor kurzem, die Einfuhr deutscher Kohle nach Frankreich habe im Oktober 1920 258 000 Tonnen betragen. In Wirklichkeit sind laut französischer Uebernahmebelegungen 1 371 000 Tonnen geliefert worden, so daß Frankreich in diesem Monat einschließlich seiner Einfuhr aus England und Amerika und seiner eigenen Produktion ungefähr über die gleiche Kohlenmenge verfügte, wie sein durchschnittlicher Friedensverbrauch im Jahre 1912 betrug. Angeht es die heutigen Lage der französischen Wirtschaft bedeutet das eine betrübende Katastrophe Ueberfüllung der französischen Stapelplätze mit Kohlen aber den damit bereitgestellten Waren, also eine Absatzkrise infolge von Ueberfüllung.

Wem Unschelm nach entsuppt sich das während der Konferenz verbreitete Gerücht von einem Gegenstande zwischen Lloyd George und Berlin als ein raffinierter Witz. Anders läßt es sich kaum erklären, daß Lloyd George nach Schluß der Konferenz französischen Journalisten erklärt hat, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgezeichnet, und er habe selten eine Konferenz besucht, die man mit so allgemeiner Befriedigung verlassen habe. Auch die Presse der Entente-länder drückt fast einmütig ihre hohe Befriedigung über das Ergebnis der Verhandlungen aus und betont die hervorragende Leistung der Alliierten. In den französischen Blättern wird sogar stellenweise ein scharfer Ton gegenüber den umwägigen deutschen Presskommentaren eingeschlagen und unerwünschte Zwangsmaßnahmen der Wiedergutmachungs-forderungen verlangt. Auch in der englischen Presse sind kritische Stimmen nur selten. Einige Blätter bezweifeln freilich die Forderungen als phantastisch, und der linksdemokratische „Oblivion“ hat den bemerkenswerten Ausspruch, die Tatsache, daß die Ergebnisse von 1919 nicht nur vorausgesetzt, sondern sogar vorgeschrieben werden, erwecke mehr Heiterkeit als Eindruck. Mehr Skepsis brüht sich in den italienischen Pressestimmen aus, in denen die Konferenz, wie in der „Epoca“, als nicht nur unnütz, sondern sogar schädlich bezeichnet wird.

Für Deutschland bietet die Verwirklichung der Pariser Beschlüsse abzumachen. Es wäre zwecklos, sich die völlige Ohnmacht Deutschlands, seinen Zwangsmaßnahmen entgegenzutreten, zu verheißeln, oder auf das Wunder eines Stimmungswechsels bei den Alliierten zu hoffen. Dringend erforderlich ist nur, Ruhe und kühle, nüchternste Einsicht zu bewahren. Mit Zustimmung, wie sie die rechtsstehende Presse liebt, können die Gefahren für Deutschlands Weltfriedenskampf nur vergrößert werden. Mit allem Nachdruck aber muß von der deutschen Regierung der ehrliche, feste Wille zur Uebernahme einmal übernommener Verpflichtungen verlangt werden. Zweideutigkeiten, wie sie beispielsweise leider in der Entschaffung versucht worden sind, können nur den Vergeltungswahn der Ententemächte neu entfachen und tragen unvermeidlich zur Verewigung des „Krieges mit anderen Mitteln“ bei.

Der Weg, der vor Versailles nach Paris geführt hat, offenbar nach einmal mit furchtbarer Deutlichkeit die ganze Wirklichkeit des bis zur Ueberreife entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Systems. Die Maßnahmen der Alliierten können nicht anders denn als ein verwegenes Glücksspiel von Leuten gewürdigt werden, die sich keinen Kat mehr zur Befreiung der drohenden Weltkatastrophe wüßten. Aus Furcht vor dem Ragenhammer suchten sie sich in einem dauernden Kaufe zu erhalten. Sie rühten in oberflächlicher Hoffnung auf den Anien vor dem Gähnen herum, den sie sich in Versailles erwirkt haben, und glauben, durch immer neue Opfer ihre verfluchte Herrlichkeit retten zu können. Aber der eherner Schritt der Geschichte wird endlich über sie hinweggehen, und am Ende dieses Verfallstadiums eines überlebten Zeitalters wird die sozialistische Weltordnung als Erblüher aus dem gegenwärtigen Menschheitsseind stehen.

W. S.

Die „oberschlesische Mark“.

Den P. P. K. wird von ununterrichteter Seite geschrieben: Der neueste Räder, der von polnischer Seite in Oberschlesien ausgemerzt wird, ist die „oberschlesische Mark“. In der Korfants-Broschüre wird ein Auszug aus einem Artikel des Ingenieurs Stanislaus Szczepanowski in der Warschauer „Kaczpospolita“ verbreitet, in dem dieser erklärt, es würde

den Oberschleslern ein Leichtes sein, wenn ihr Land durch die Abstimmung an Polen gefallen sei, auf Grund des polnischen Autonomiegesetzes eine eigene Mark einzuführen, deren Kurshöhe sich nach dem Eisen- und Kohlenexport-Oberschlesiens richten würde. Diese Mark würde besser sein als die deutsche und käme als Zahlungsmittel dem Dollor und dem Franken gleich. Oberhalb würde sie den Spekulationen in Polen mit ausländischer Währ vorzuziehen, da Polen in diesem Falle die oberschlesische Mark vorzuziehen würde. Oberschlesien würde zum Bankier Polens und würde aus dieser Stellung ungeheure Vorteile ziehen für sich und seinen Staat.

Der Szczepanowski trägt etwas reichlich stark auf. Polen, dessen eigene Währung immer mehr sinkt, soll nach ihm so selbstlos sein, auf jeden Valutanutzen, den es aus dem Gewinn Oberschlesiens ziehen würde, zu verzichten? Reichthümliche hat es ja immer schon gegeben, aber so Leichtgläubige, wie der wackere Pole sie voraussetzt, dürfen denn doch etwas lehr sein. Im übrigen hängt die Bedeutung der oberschlesischen Kohle aufs engste mit der Transportfrage zusammen. Oberschlesien war schon früher von den preussischen Eisenbahnen für seine Kohle abhängig, deren tatsächliche Bergabgaben überhaupt nur ihren Absatz ermöglichen. Und auch weiter wird sie ganz ohne Frage auf eine günstige Behandlung in den deutschen Eisenbahngütertarifen angewiesen sein. Nach welchen Ländern mit hochwertiger Valuta soll dann fortan die oberschlesische Kohle ausgeführt werden? Die Länder, die heute als valutatark anzusprechen sind, sind viel zu weit von Oberschlesien entfernt, als daß für sie der Bezug oberschlesischer Kohle in Frage kommen könnte. Und wie steht es mit den anderen Ländern? Polen, Oesterreich, die Tschechoslowakei bieten nur sehr beschränkte Absatzmöglichkeiten. Außerdem muß auf der stark gelunenen Preiss und die Absatzschwierigkeiten der englischen Kohle, mit der die oberschlesische Kohle an Qualität nicht konkurrieren kann, anmerksam gemacht werden. Wie stark diese Absatzschwierigkeiten sind, kann man am besten erkennen, daß die Schiffsrachten von 22 auf 4 Dollor für die Tonne gefallen sind. Hieraus kann man ermessen, wie gering die Hoffnungen für Oberschlesien sein werden, wenn seine Kohle noch polnischer Meinung auf den deutschen Markt versielet soll. Oberschlesien ist geradezu auf Deutschland angewiesen. Auf seine Bodenfläche allein lassen sich keine Hoffnungen für die Valuta aufbauen und erst recht dann nicht, wenn sich auch gleichzeitig eine größere Einfuhr nicht vermeiden läßt. Und in dieser Beziehung ist Oberschlesien doch auch — es sei nur auf den Mangel jeglicher Verfeinerungsindustrie in Oberschlesien hingewiesen — zu einem guten Teil von Deutschland abhängig.

Kommt Oberschlesien an Polen, so kann man sicher sein, daß sich die „oberschlesische Mark“ sehr bald auf fallender Kurve bewegen wird, auf einer Kurve, die sich der polnischen Mark, die heute kaum noch den zwölften Teil der deutschen Mark an Wert hat, aufs bedenklichste nähern wird.

Eine kommunistische Proteste.

In der P. P. K. ist eine Krise ausgebrochen, die geeignet ist bei allen unbeteiligten Zuschauern ein stürmisches Gelächter zu erwecken. Der Parteivorstand Dr. Paul Peul, der einzige Kommunistenführer, dem man (neben Clara Zetkin) noch eine gewisse Intelligenz und Selbstständigkeit des politischen Urteils zubilligen muß, hat den frenetischen Mut gehabt, die Taktik der Moskauer Diktatoren, die zur Parteispaltung in Moskau geführt hat, in der „Roten Fahne“ zu tabeln. Dieser Tadel hat den Unwillen der Moskauer Gewaltigen in so hohem Grade erregt, daß Peul in einer schriftlichen Antwort in Moskau de- und wehmütig um die Erlaubnis bat, nach weiterhin Parteivorstand der in Deutschland bleiben zu dürfen. In diesem Schreiben finden sich folgende erschlüssliche Punkte:

1) Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir vorgelegte Frage, wie Ihre Worte:

„Die Sie uns angreifen wollen, werden wir dem zuvorkommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen“, zu deuten seien. Ich weiß die Gründe für dieses Stillschweigen zu würdigen.

2) Der Satz unter III a Ihres Schreibens verurteilt nur die formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen:

„Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfernung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur wünschenswert?“

„Sol“ entgegnete Bertold scheinbar ganz gleichgültig, aber heimlich vor Horn und Ingrimm fast verzehend. „Nun, da sage ich meine aufrichtigste Gratulation! Hoffentlich meint es der Theodor so ehrlich wie du.“

„Während er sprach, hatte er den Brief in die Tasche gesteckt, da er sich nicht länger beherrschen konnte, verabschiedete er sich und verließ schnell das Haus. Das junge Mädchen blickte ihm ganz bestürzt nach. Am liebsten wäre Bertold ihm nachgeeilte und hätte den Brief zurückverlangt, aber die Furcht, Bertold tödlich zu verletzen, hielt sie davon ab. Sie blieb traurig und nachdenklich, und in der Nacht quälten sie unruhige Träume.“

Am andern Morgen wedte Frau Wirtner ihre Tochter früher als sonst mit den Worten:

„Bertel, steh auf! Denk dir nur, der Understand! Die Fuhrer nach dir ist schon da!“

„Ach, es ist ja noch ganz finstern!“ entgegnete Bertel feugend. „Es regnet und jetzt im November wird es spät Tag.“ entgegnete Frau Wirtner. „Ich habe schon Feuer angezündet; derweil du dich anziehst, laßt die Suppe.“

„Ich stieg leibete Bertel sich an. Sie konnte nur wenig genießen und kostete, als ihr die kalte Morgenluft entgegenwehte.“

„Gott, Frühlein, ich bin Ihnen zu früh gekommen?“ fragte der Theodor, der den Klutcher spielte. „Das macht, ich muß nachher in die Stadt fahren und den Inspektor holen. Er kommt nämlich heute von der Reise zurück.“

„Nein, wegen konnte er gern für immer fortbleiben.“ dachte das junge Mädchen bedrücklich.

Frau Neumann hatte eine Menge Arbeit für Bertel. Da waren Kleider für die Enkelkinder und Morgenröcke für deren Mutter anzufertigen und zwei Kleider für die alte Frau zu roden.

„Alte Madam Neumann, damit werde ich in einer Woche doch unmöglich fertig.“ erklärte Bertel.

„Taus müssen Sie eben länger hier bleiben, mein lieber Theodor.“ gab Frau Neumann seelenruhig zurück. (Fortsetzung folgt.)

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Stöden.

(Fortsetzung.)

„Dah nur auf sein, Theodor!“ entgegnete Bertel. Sie verabredete sich freundlich und trat dem den Gezwang an. Der Sommer hat eben geblüht, und viele junge Leute ziehen dem hübschen, jungen Mädchen einen Scherz zu, aber niemand rührt, daß Bertel ein reiches, ehrbares Mädchen war. Als der reiche Mädchen sagte:

„Theodor, du einen Kuh von dir, lüde ich barfuß dich nach Rom.“ rief der lange Robert bedauernd aus.

„Den Appetit laße dir nur wischen. Bei der Bertel gibt nicht zu schmelzen.“

Derweil entstand ein lautes Gelächter, aber niemand wagte es, Bertel einen Kuh zu rauben.

Frau Wirtner war sehr ärgerlich, als sie hörte, daß ihre Tochter so viel Zeit verblümt hatte, und daß ihnen morgen der Sonntag durch die Aufnahme verdrungen wurde. Sie sagte:

„Die Kundschafft von der Frau Wirtner ist mir lieber, wie die der Frau Paronia. Sie haben bei Wirtnermeister ein halb Schinken müssen.“

„Warum denn?“ unterbrach Bertel sie verwundert.

„Es war mit dem Gut in ein Wirtnermeister gerichtet und hatte das Wein gebunden.“ erklärte Frau Wirtner. „Da mußten sie es abtun. Sieh mal, was für ein schönes Stück von der Haut und das Fleisch in den Hände gebracht hat! Ich habe es gleich in lüde Buttermilch gelegt. Da kann das Mundstück bis zum nächsten Sonntag hängen bleiben. Der werden morgen einen herrlichen Braten haben, und wenn wir eben zu Tisch gehen, können nur ihr ein schönes Stück mitnehmen.“

„Da kann ich morgen mich lüden.“ sagte das junge Mädchen bestimmt. „Das verdrücht mich recht.“

„Du, dein Schup bin ich nicht.“ rief Bertel den jungen Mann. „Ich bin es nur weil ich mit dem Theodor verdrücht.“

„Du habe ich so lange umloft feuern müssen, und ich habe immer wieder ein Stückchen frische Butter auf den Broten gelegt, und zuletzt habe ich die Wirtner auf den großen Wirtnerhof gestellt, aber der Wirtner ward doch trocken geworden sein.“

Bertel tröstete sie nach besten Können. Sie konnte nur wenig genießen und bestellte sich nach Mühseligkeit, um zum Schreiben zu kommen. Als das Gelächter aufhörte und alles lauter gemacht war, schrieb Bertel den Brief, den der junge Robert mit solcher Schnelligkeit erwartete. In klaren, einfachen Worten teilte Bertel Theodor mit, daß ihr Bertel ihm gehörte und ihm kein gehört wurde, und daß Frau Wirtner ihre Einwilligung zu der Heirat gegeben hatte. Der Brief lag ein Spruch über reinen, ungeschulden Derrang und Spiegelte ihre Liebe zu Theodor getreulich wieder. Sie hatte das Schreiben gerade verfertigt und ihren Fingerhut als Poststück benutzt, als Bertel eintrat.

„Ehre ich?“ fragte der junge Mann.

„Theodor sagte Bertel: Mein Brief ist fertig, wie du siehst.“

„In wen hast du geschrieben, ich's Theodor?“ fuhr Schneider fort. „Ich an den kleinen Robert.“ Ich mußte gar nicht, daß du mit dem Theodor verdrücht.“

„Theodor soll der Bertel erst abhaken werden?“ Ich muß heute ihn wieder in die Wirtnerhof gehen und werde ihn morgen den Wirtner in der Theodor drei Tage früher.“

„Ich habe so nicht solche Güte damit.“ meinte Bertel verlegen an Theodor. Bertel in seiner Zeit lang nichttraute, war in der Zeit von ihrem Verdrücht erregt.

„Du denkst wohl, ich werde den Bertel verdrücht.“ fragte Bertel den jungen Mann, aber er hat kein kleines Kind.“

„Du kannst die Paronia ihr ganzes Vermögen anvertrauen, und ich würde nicht einen Pfennig dafür bezahlen.“ Ich her, mein Theodor.“ Ich verlange keinen Posten.“

„Du, dein Schup bin ich nicht.“ rief Bertel den jungen Mann. „Ich bin es nur weil ich mit dem Theodor verdrücht.“

Aussprache über unsere Ernährungsnot.

Stadtvorordneten-Sitzung vom 1. Februar 1921.

Berücksichtigung der Arbeiterschaft. — Zusammenschluß des Bürgerturns.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Stadtvorordnetenvorsteher Arentz Kenntnis von der Bildung einer kommunistischen Fraktion. Ihr gehören an die Stadtv. Kahn, Schmidt, Kopper, Hietlau, ersterer ist Fraktionsvorsitzender. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion besteht aus den Stadtv. Runge, Deu, Roggenbuck, Gebauer, Wau, Abbeking, Vorsitzender ist Stadtv. Runge. Unter dem Namen Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft haben sich Demokraten und Freie Wirtschaftliche Vereinigung zu einer Fraktion vereinigt und den Stadtv. Stabenfreund zu ihrem Vorsitzenden bestimmt.

Stadtv. Dr. Neumann (bisher Fr. D. V.) hat sein Mandat wegen Arbeitsüberbürdung niedergelegt.

Stadtrat Dr. Grünspan ist auf seinen Antrag vom 1. Februar bezw. 1. April auf ein Jahr ohne Gehalt beurlaubt.

Verschiedene Wahlen wurden ohne Aussprache erledigt. Zur Vergütung von Rentnern in der Stadtbücherei wurden 7000 Mark bewilligt. Für Neubeschaffung von zwei Dammbalken für die Werbertorschleuse stellte die Versammlung 8000 Mark bereit.

Die Quäkterpeisung der Schullinder

Ist nach einem Antrage des Magistrats durch 200 000 Mark für die Organisation der Arbeiten unterstützt werden.

Stadtv. Scheller (Dnat.) will bemerkt haben, daß einige Kinder bestimmte Gerichte nicht essen, sondern fortgießen. Man möge an Stelle dieser Kinder andere Kinder zur Speisung zulassen.

Bürgermeister Dr. Ball antwortete, daß dies nur in einzelnen Fällen geschehen sei. Infolge Verletzung der Kinder habe das gänzlich aufgehört. Die erforderlichen Summen dienen nur zu Verwaltungszwecken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß später noch weitere Mittel notwendig sind. Eine Zeitsung machte den Quäktern die Beschaffung von Mehl und Zucker schwieriger. Es bestehe die Absicht, Freistaatgelder für die Quäkterpeisung in Anspruch zu nehmen. Wenn der Volkstag den Antrag ablehne, werde die Stadt für die städtischen Kinder sorgen.

Stadtv. Frau v. Korpffeld (Dnat.) regte an, die Speisung auch auf die Kinder von 2 bis 6 Jahren auszudehnen.

Stadtrat Dr. Stabe wies darauf hin, daß auch schon jetzt diese Kinder nach einem ärztlichen Gutachten zur Speisung zugelassen werden. Es entstehen aber Schwierigkeiten, weil die Speisen grundsätzlich an Ort und Stelle verzehrt werden müssen.

Die Sandfadelieferung der Firma Deutschendorff

wurde bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung scharf kritisiert. Alle bereits ausgeführte Hinterfüllungen und Abdichtungsarbeiten an der Mühle in Pruski wurden 214 Mark verlangt.

Stadtv. Kahn (H.) erklärte, daß die Firma Deutschendorff die gelieferten Sandfäden mit 7 Mark pro Stück zu hoch berechnet habe. Es solle Strafantrag wegen Wucher gestellt werden.

Stadtbaurat Stobbe erwiderte, daß der normale Preis gezahlt worden sei.

Stadtv. Brunzen I (Dnat.) wies darauf hin, daß in kurzer Zeit dreimal Summen für diesen Zweck gefordert wurden. Man möge ganze Arbeit machen, um ein größeres Unglück zu verhüten.

Stadtbaurat Stobbe: Das alte Mühlenrundstück soll mit möglichst geringen Mitteln erhalten werden, da an dieser Stelle ein neues elektrisches Kraftwerk errichtet werden soll.

Stadtv. Scheller (Dnat.) hielt den gezahlten Preis für die Sandfäden ebenfalls zu hoch. Damals habe man Papierfäden mit 40 Pf. Leinwand mit 60 Pf. das Stück bezahlt.

Stadtv. Kahn (H.) stellte den Antrag, die Beratung über diesen Gegenstand zu verlagern. Es liege der Verdacht vor, daß die Firma Deutschendorff die Unerschöpflichkeit und die Notlage des Magistrats ausbeutet habe. Der Magistrat möge ein Gutachten der Handelskammer einholen. Der Antrag Kahn wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Erhöhung der Stabgelder in der Markthalle

um 50 Prozent beantragte eine Vorlage des Magistrats. Aus den Kreisen der Interessenten lagen Eingaben vor, in denen gebeten wurde, von einer Erhöhung Abstand zu nehmen.

Stadtv. Runge (H. S. P.) erklärte, daß seine Parteifreunde der Vorlage nicht zustimmen werden. Wahrscheinlich liege sie mit der Schaffung neuer Postenstellen in Verbindung. Die Inhaber der Verkaufsstände sind in der Mehrzahl kleine Leute, deren Existenz dadurch gefährdet werde. Die Gebühren wären um 300 Prozent erhöht worden, während die Ladengeschäfte nur um 70 Prozent erhöht werden dürften.

Stadtrat Gen. Ragozki erklärte, daß die Erhöhung nur die Löhne in der Markthalle treffe. Diese sei notwendig um ein Defizit der Markthallenverwaltung zu vermeiden; das Defizit liege nicht im Interesse der Steuerzahler. Durch die Schaffung der Postenstellen werde keine Mehrausgabe entstehen, da nur Angestellte in das Personalverhältnis austreten.

Bürgermeister Dr. Ball wies darauf hin, daß die Markthalle früher einen Ueberschuß brachte. Ein Defizit könne die Stadtverwaltung nicht verantworten.

Stadtv. Brunzen I (Dnat.) hatte zwar Bedenken gegen die Erhöhung der Stabgelder, da die Verkäufer durch einen noch viel höheren Preisaufschlag auf die Waren sich schadlos halten werden. Trotzdem werde man der Vorlage zustimmen müssen. Der Hinweis auf die Mietserhöhung der Ladengeschäfte sei nicht zutreffend, da die Mietserhöhung für Geschäftsräume jetzt keiner Beschränkung mehr unterliegt.

Stadtrat Gen. Ragozki betonte, daß der Markthallenaußschuß die Erhöhung einstimmig beschlossen habe. Die Stadtverwaltung habe die Verpflichtung, die Markthalle in gutem baulichem Zustand zu erhalten. Die Reparatur des Daches erfordere große Kosten. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Der polnische Unterricht in Danziger Schulen

führte zu einer längeren Aussprache, bei der sich die polnischen Stadtv. Dr. Rubacz und v. Rudzinski sehr angreifsfreudig zeigten.

Stadtv. Brejski (Pole) richtete in die Stadtschulverwaltung die Anfrage, weshalb in der Kapellenschule (einer höheren Privatschule) der polnische Schreib- und Lesunterricht eingestellt wurde, und was der Magistrat dagegen zu tun gedenkt. Der polnische Unter-

richt sei auf Grund einer ministeriellen Verfügung vor zwei Jahren eingeführt worden. Auf Antrag der Begleichungsberechtigten nahmen daran 68 Kinder teil. Vor zwei Wochen sei der Unterricht eingestellt worden. Als Gründe wurden angegeben die unzulässigen Verhältnisse und die Überbürdung der Lehrpersonen. Die Anstalt sei zwar ein Externat, doch möge der Magistrat durch Sperrung der Feuerungsanschlüsse einen Druck ausüben.

Stadtschulrat Dr. Stenck erwiderte, daß das Auditorium der Anstalt ihm mitgeteilt habe, daß die Überbürdung der Lehrpersonen die Einstellung des polnischen Unterrichts notwendig mache. Religionunterricht werde auch weiter in polnischer Sprache erteilt. Bei der finanziellen Lage der Anstalt sei eine Vermehrung der Lehrkräfte nicht möglich. Die Schule sei zur Erteilung des polnischen Unterrichtes nicht verpflichtet. Die Verantwortung, auf die von den Polen bezug genommen wird, spricht ausdrücklich von Schulanterhaltungspflichtigen. Das ist die Stadtverwaltung. Durch Schaffung von 6 Schulen mit polnischem Unterricht ist der Verantwortung nachgekommen.

Die Stadtv. Dr. Rubacz und Brejski (Polen) verlangten in scharfen Worten, daß die Stadt auf das Auditorium der Privatschule einen Druck ausüben sollte. (Zuruf: Pommerellen!) Stadtschulrat Dr. Stenck erwiderte, daß kein Anlaß vorliege, gegen die Schuldirektion vorzugehen. Die Stadt erteile polnischen Unterricht. In Kesselfabrik müßte der Unterricht sogar wieder eingeführt werden, wegen zu geringer Beteiligung.

Stadtv. Brunzen I (Dnat.) stimmte den Ausführungen des Stadtschulrates zu, was den Stadtv. Dr. Rubacz veranlaßte, dem Redner zuzurufen: Quäkchen Sie nicht!

Als Stadtv. Frau (H. S. P.) sich als Hüter des guten Lohnes vorstellte und erklärte, sich einen Dreifachlohn sei man in diesem Hause nicht gewohnt, gab es ein langanhaltendes Gelächter im ganzen Hause. In das sogar seine Parteifreunde einstimmten! Man vertrat den Standpunkt, daß die Schulverwaltung ihre eingegangenen Verpflichtungen hätte erfüllen müssen und den polnischen Unterricht bis zum Jahresende erteilen müßte. Dieser Vorfall beweise wieder die Schädlichkeit der Privatschulen.

Stadtv. Dr. Rubacz (Pole) erklärte, daß er den Stadtv. Fuhbrügge vergebens um Material wegen der Beschwerden über die Schulverhältnisse in Pommerellen gebeten habe. (Zuruf: Das spielen die Spagen von den Dächern.)

Stadtv. Fuhbrügge (D. P.) wies auf die Schulverhältnisse in Gdingen hin, wo den evangelischen Kindern kein Religionsunterricht in der Schule erteilt werde.

Stadtv. Brunzen (Dnat.) betonte, daß die Angelegenheit auch ohne öffentliche Debatte sich hätte erledigen lassen. Die Anfrage geschah nur aus agitatorischen Gründen und um die Stadtverwaltung anzuschwärzen.

Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende.

Dringliche Anfragen wegen der Ernährungsnot

beschäftigten alsdann das Haus. Die dringliche Anfrage unserer Genossen lautete: Ist der Magistrat bereit, Auskunft über die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Brot zu geben? Wenn ja, welches sind die Ursachen dieser mangelhaften Versorgung?

Eine ähnliche Anfrage hatte nach die Deutsche Partei gestellt, die vom Stadtv. Riß (D. P.) begründet wurde. Die Ernährungsnotwendigkeiten erinnerten stark an die Kriegszeit. Die ungenügende Mehllieferung durch die Stadt an die Bäckereien soll auf Mehraufbrauch infolge Brotartenverfalls zurückzuführen sein. Der Magistrat hätte rechtzeitig für Abhilfe sorgen müssen. Die Fleisch- und Kartoffelversorgung sei unzureichend. Die Neuregelung der Milchabgabe gefährde die Milchversorgung der Säuglinge.

Stadtv. Gen. Ragozki erklärte, daß die Kaufmannsläden vor den Bäckern zu einer Katastrophe führen. Diese Hunderte von Arbeitern müssen ohne Brot zur Arbeit gehen. Die arbeitende Bevölkerung ist darüber empört, die bemittelten Kreise halten sich an Kuchen schadlos. In der Kartoffelversorgung herrschen entsetzliche Zustände. Im Herbst vergangenen Jahres hatten die Großbetriebe die Abnahme von Kartoffeln organisiert. Auch die Bezahlung war schon geregelt. Die Kartoffelbeschaffungsstelle und Händler verlagerten jedoch vollständig. Auch die Bereitstellung von Waggons und Lokomotiven endete in der Danziger West war vergeblich. Als die Kartoffeln endlich geliefert wurden, waren sie erfroren. Die großen Kuchenmengen in den Schaufenstern wirken aufreizend auf die Arbeiterschaft. Es geht das Gerücht, daß 40 000 Brotarten zum Verkauf sind. Ansehend beherrschen die verantwortlichen Personen das System nicht.

Magistratskassessor Jäschner: Der Getreidebedarf wird nur zum kleinen Teile aus der Freistaatsente gedeckt. Polen liefert vertraglich soviel, daß auf den Kopf und pro Tag 250 Gramm Brot kommen. Wenn Brotarten gestohlen oder gestiftet werden, muß eine Stockung in der Brotversorgung eintreten. Im Dezember und Januar sind mehr Brotarten eingereicht worden, als ausgegeben worden sind. Die Kontrolle beim Druck ist deshalb verschärft worden. Auch Belohnung für Anzeigen von Brotartenhändlern festgesetzt. Der Brotmangel wird in diesen Tagen behoben werden. Die Stockung in der Kartoffelversorgung ist darauf zurückzuführen, daß die Freistaatsvorräte nicht ausreichen und die Zufuhr aus Pommerellen ausbleibt.

Gegen das Wirtschaftsamt.

Stadtv. Kahn (H.) glaubte nicht daran, daß die Brotartenentziehungen die Ursache der Brotnot sind. Polen hat seine Lieferungen erfüllt. Aber die eigene Landwirtschaft im Freistaat hat in der Ablieferung des Brotgetreides vollkommen versagt. Nachdem der deutsche Ernährungsminister den Preis für Weizen auf 2000 Mk. erhöht hat, sind auch im Freistaat ähnliche Weltverdrungen im Gange. Das Getreide wird deshalb zurückgehalten. Die Regierung des Freistaates ist anscheinend zu schwach, um die fürmigen Befehre zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen. Die Freigabe der Einfuhr von Weizengetreide war ein großer Fehler und führte zur Durchbrechung der Zwangswirtschaft. Ein Bestand von 250 Beamten und Angestellten sei für das Wirtschaftsamt zu hoch. Redner beantragte, daß der Magistrat Reis für 3 Mark verkaufe, während Private den Reis für 2,50 Mark verkaufen konnten. Die Freistaatsverwaltung habe vollständig versagt. Wenn der Ernährungsminister Jerschowski nach Warschau zu Verhandlungen fahre, so ist in erster Linie für Folgegeschäfte.

Magistratskassessor Jäschner trat die Ansicht, daß die Landwirte des Freistaates ihre Lieferungspflicht erfüllt hätten.

Stadtv. v. Rudzinski (Pole) teilte mit, daß die Stadt Danzig vor einigen Tagen vor einer schweren Katastrophe stand, weil kein Mehl und Getreide vorhanden war. Die Gefahr sei abgewendet worden durch die polnische Regierung, die 600 Tonnen Mehl und Getreide aus Kesselfabrik zur Verfügung stellte. Es sei ein Fehler gewesen, die Kartoffelversorgung der Kartoffelversorgungsgesellschaft zu übertragen. Dies hat kein Interesse für das Wohl der Bevölkerung gehabt, sondern nur auf hohen Gewinn gesehen. Von Polen könnten noch Kartoffeln geliefert werden. Die Milchpolitik sollte freigegeben werden; nur die Säuglings- und Krankenmilch sollte man zwangsweise erfassen.

Stadtv. Brunzen (Dnat.) erhebt gegen die Behörden den Vorwurf, daß sie nicht auf der Höhe sind. Durch die höheren Getreidepreise in Deutschland wäre ein Kartell von Getreidebesitzern aus dem Freistaat gegeben worden. Ist die von den Polen gemachte Mehllieferung freiwillig geschehen oder waren sie zur Versorgung vertraglich verpflichtet? An der Kartoffelnot tragen die Verhandlungen über den Preis die Schuld. Die Leistungen des Kesselfabrik waren ungenügend. Von den Beamten müsse erwartet werden, daß sie mehr als bisher ihre Pflicht und Schuldigkeit tun.

Bürgermeister Dr. Ball wies gegenüber diesen Ausführungen darauf hin, daß die eingearbeiteten Kräfte von Danzig fortgezogen wären. Eine Kritik der Stellen, die dem Senat unterstehen wäre an dieser Stelle wenig zweckdienlich.

Stadtrat Brunzen: Die von Polen gelieferten 600 Tonnen Roggen waren vertragsgemäß zu liefern. Es müsse jedoch anerkannt werden, daß die polnische Regierung alles tue, um die Lieferungen zu erfüllen.

Stadtv. Kahn (H.) ging noch einmal auf die Frage ein, wovon der Reis sowie früher auch mal Schmalz zu höheren Preisen als den gültigen Marktpreisen verkauft werde. Er polemisierte weiter gegen die frühere Verwaltung, in der zwölf hochbezahlte Kräfte beschäftigt würden.

Bürgermeister Dr. Ball: Der Abbau der Verwaltungen für die Ernährungsnot würde dauernd erstrebt. Man dürfe aber nicht mit einmal die gesamte Verwaltung aufheben.

Die Stadt als preislenkender Verkäufer.

Stadtrat Gen. Ragozki: Der Reisverkauf wird vom Stadtv. Kahn scharf beurteilt. Bevor die Stadt Reis auf den Markt brachte, kostete dieser in den Danziger Geschäften allgemein 4,50 Mark das Pfund. Die Kartoffelknappheit veranlaßte uns, der Bevölkerung andere Nahrungsmittel zu bieten. Die Stadt kaufte guten Reis sehr günstig für 5 Mark das Alko. Als dieser nun zum Hundspfeife von 2 Mark verkauft werden sollte, lehnten die Geschäfte, um mit ihren Beständen nicht sitzen zu bleiben, den Preis für Reis im festen Verkauf herab. Der Reis der Stadt ist gute Qualität, was bei dem Kaufmannsreis nicht feststeht. Wenn die Stadt durch ihre Verkäufe eine Senkung der Marktpreise herbeiführt, so wird uns das nicht abhalten, auch weitere ähnliche Anläufe zu tätigen.

Stadtv. Frau (H. S. P.) wies darauf hin, daß durch die Kundenanmeldungen beim Brotbezug unheilbare Zustände eingetreten sind. Die Bäckerei weisen nicht angemeldete Käufer zurück, obwohl sie Brot haben.

Kassessor Jäschner betont demgegenüber, daß die Freizügigkeit der Brotmärkte auch weiterhin bestehen bleibt.

Gen. Grünhagen: Die Zwangswirtschaft wird für eine Reihe Artikel noch weiter aufrechterhalten bleiben müssen. Für die höheren Preise im Schmalz- und Reisgeschäft trifft den Magistrat keine Schuld. Wie jetzt beim Reis unterboten feinerzeit die Kaufleute auch den Preis für das städtische Schmalz, nur um den Magistrat auszuschalten. Die Brotbewirtschaftung ist durch die Freigabe der Kuchenbäckerei kurchidert worden, was sich jetzt schwer rächt.

Die Aussprache über diesen Punkt wurde damit geschlossen. Die öffentliche Sitzung wurde um 7 1/2 Uhr geschlossen und es begann die geheime Sitzung.

Kleine Nachrichten.

Moskau, 31. Jan. Ein Erlass der Regierung an alle Gouvernementskomitees betraf, daß die Republik durch die Anstrengungen der roten Armee Zutritt zu den Quellen des Mineralheizmaterials bekommen habe, aber bis zur endgültigen Wiederherstellung dieser Produktion das Holz das wichtigste Heizmaterial sein müsse. In der ersten Hälfte des Winters sei fast gar kein Brennholz zubereitet worden. Die Vorräte reichten im günstigsten Falle noch für 2 1/2 Monate. Um einer Katastrophe zu entgehen, müssen alle Maßnahmen getroffen werden, insbesondere auch die Durchführung der Arbeitspflicht in den Gouvernements.

Kopenhagen, 31. Jan. „Nationaltidende“ meldet aus Warschau: Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Auswärtigen hat die polnische Regierung am 27. Januar Lettland und Estland als unabhängige Staaten anerkannt.

Wien, 31. Jan. In den Fachwerken vormals Friedrich Bayer und Co. überstehen, brach am Sonnabend, den 29. Jan. ein wilder Sturm aus. Alle Betriebe ließen still. Die Veranlassung ist die Entladung eines Arbeiters. Der die Arbeit verließ, um von ihm geleistete Überstunden auszugleichen. Der Schaden ist sehr groß.

Stuttgart, 31. Jan. In Württemberg verhafteten verschiedene Personen ein Fabrikationsgeheimnis der dortigen Pulverfabrik aus Ausland zu verkaufen. Gegen die Betroffenen ist Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind bereits dem Oberreichsanwalt übergeben.

Paris, 31. Jan. Nach einer in London eingetroffenen Depesche aus Konstantinopel forderte eine geheime kemalistische Organisation die türkischen Offiziere in Konstantinopel auf, sich vor dem 1. März der kemalistischen Organisation anzuschließen. Zur Weigerung sollte würden sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Mustafa Kemal Pascha soll auf der ganzen asiatischen Front eine allgemeine Offensive vorbereiten.

Konovo, 31. Jan. Die litauische Telegramm-Agentur meldet: Die litauische Regierung hat heute die Not des Völkerbundes vom 20. Dezember vorigen Jahres beanwortet. In der Antwort legt sie die notwendigen Bedingungen für die gerechte Durchführung der Volksabstimmung dar.

Moskau, 31. Jan. Durch eine Verfügung des altrossischen Zentralausgabenkomitees sind zwei neue Republiken gebildet worden, nämlich die autonome sozialistische Republik Daghasan und die autonome sozialistische Gebirgsrepublik. Diese umfasst den Bezirk Tschekotskij und den westlichen Teil des früheren Bezirks Samojed mit dem Bezirk Wladivostok.

Danziger Nachrichten.

Keine polnischen Ansprüche auf das Stadttheater.

Wie die polnische Telegraphenagentur in Danzig erfahren haben will, soll sich unter den Schauspielern des städtischen Theaters in Danzig das Gerücht verbreitet haben, daß die polnische Regierung das Gebäude des Stadttheaters in ihren Besitz nehmen möchte. Dazu will die gleiche Stelle aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß das Stadttheatergebäude in der Tat als ehemaliges Eigentum des preussischen Fiskus zu dem Staatseigentum gehört, das im Sinne des Artikels 107 des Verfallener Vertrages unter Polen und Danzig verteilt werden soll. Die polnische Regierung erhebe jedoch keinen Anspruch, ihr dieses Gebäude abzutreten. Uns ist weder bekannt geworden, daß unter den Schauspielern des Theaters oben mitgeteiltes Gerücht kursiert, noch wissen wir, wie die unterrichtete Quelle die Auffassung begründen will, daß das Stadttheater zu dem verfallenen Staatseigentum gehört. Zunächst ist das Stadttheater städtischer Besitz und wäre es, selbst abgesehen von dieser Tatsache, ein durchaus unverständliches und unberechtigtes Verlangen, daß dieses Kunstinstitut einseitig einer in Danzig doch nur sehr gering vorhandenen nationalen Minderheit überantwortet wird. Bei dieser außerordentlich klaren Selbstverständlichkeit hätte es daher eines besonderen Verdictes seitens der polnischen Regierung doch durchaus nicht bedurft.

Die Wahl des Senators für Finanzen

wird von den bürgerlichen Fraktionen des Volkstages beantragt. Die Wahl soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Bekanntlich ist für diese Stelle der Ministerialdirektor Rottmann aus dem preussischen Finanzministerium vorgesehen. Da der Antrag als dringlich gestellt ist, dürfte er bereits zu der morgen stattfindenden Plenarsitzung auf die Tagesordnung gestellt werden.

Die Brotkartenschwindelerei.

die an unserer Brotnot Schuld sein sollen und die neben unseren andern Ernährungs-schwierigkeiten zu einer Aussprache in der gestrigen Stadtkorrespondenz führten, sollen zum Teil im Nachdruck der Brotkarten und zum andern Teil in betrügerischen Verrechnungen bestehen. Wie wir erfahren, sollen die Ermittlungen der letzten Zeit zur Feststellung erheblicher Betrügereien geführt haben. Auch wird mitgeteilt, daß in einer kleineren Druckerlei durch Angestellte eine geheime Falschdruckerlei zur Herstellung von Brotkarten

Das Zwangseinquartierungsamt ist seit 3. Februar von Wiebkenkaserne nach St.-Elisabethkirchengasse 3, Erdgesch., Zimmer 2 bis 5, verlegt worden.

Danzig, den 1. Februar 1921. (3538)
Der Magistrat.

Roststandsarbeiten.

Die Erdarbeiten zur Herstellung eines Spielplatzes auf dem Bilschowsberge sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Roststandsarbeiten Grüngürtel“ versehen bis Sonnabend, den 12. Februar d. J., 9 Uhr vormittags,

in unserem Bauwesen, Schießtange 8, part., einzureichen.

Die Bedingungen liegen im Städtischen Siedlungsamt, Langgasser Tor, Zimmer 4, zur Einsicht aus und sind dortselbst auch gegen Erstattung der Selbstkosten erhältlich.

Danzig, den 1. Februar 1921. (3535)
Der Magistrat.

Behandlung!

In letzter Zeit werden hier von einigen Geschäften, Warenhäusern und Werkstätten verschiedene ungeeichte und nicht eichfähige Maß- und Wiegegeräte in den Handel gebracht. Unter anderem werden als Wirtschaftswagen verschiedene nicht eichfähige Wagen verkauft, die von den Käufern wegen ihrer Billigkeit gekauft werden in der irrigen Annahme, daß diese Wagen auch für Handel und Gewerbe zulässig sind, zumal die Verkäufer bzw. Verkäuferinnen nicht immer auf die Nicht Eichbarkeit hinweisen. Es werden daher alle Geschäfte, Warenhäuser pp., die Maß- und Wiegegeräte verkaufen, ersucht, an solchen nicht eichbaren Maß- und Wiegegeräten sichtbare Schilder zu befestigen mit der Aufschrift „nicht eichbar“, ebenso an dem abzusondernden Verkaufsfeld für diese Geräte. Das Verkaufspersonal hat das kaufende Publikum auf das Plakat aufmerksam zu machen. Auch für Wirtschaftszwecke sind die sogenannten Wirtschaftswagen insofern ohne Wert, als Gewichtsmängel beim Einkauf von Lebensmitteln auf einer ungeeichten oder nicht eichbaren Waage nachgeprüft, niemals zu Regressansprüchen berechtigen. Auch verlieren solche Wagen, wenn sie überhaupt von vornherein richtig wiegen, bald infolge ihrer mangelhaften Konstruktion die Wiegefähigkeit. Reparaturen an solchen Wagen sind aus den vorstehend aufgeführten Gründen zwecklos. Dasselbe gilt für den Verkauf bzw. Einkauf von Flüssigkeitsmaßen.

Alle Maß- und Wiegegeräte, die zum öffentlichen und nicht öffentlichen Verkauf gegen Bezahlung, zum Austausch von Waren oder zum Zumeessen von Arbeitslöhnen für Deputatempfänger benutzt werden, müssen eichbar und ordnungsmäßig nachgeprüft sein. In Zweifelsfällen sowie vor fabrikmäßiger Anfertigung von neuen Maß- und Wiegegeräten wolle man sich um Rat und Auskunft an das hiesige Eichamt, Steinhof 4, wenden. Die Wagenbauer und Wagenreparateure werden darauf aufmerksam gemacht, die bei ihnen reparierten Wagen dem Eichamt zur Nachprüfung vorzulegen.

Danzig, den 28. Januar 1921. (3538)
Der Polizei-Präsident: Früngel.

betrieben worden sei. Hoffentlich gelingt es, diese zum Schaden der Allgemeinheit betriebenen Brotkartenschwindelereien zu unterbinden, damit die Brotbelieferung der Bevölkerung in besserer Weise als bisher erfolgen kann.

Der Unglücksfall über Noth am Neujahrsmorgen.

Der Tod der Ehefrau des Kohlenhändlers Krumann, Neuhöfener Weg 1, ist bis zur Stunde noch nicht aufgeklärt. Es sprechen mancherlei Umstände dafür, daß Krumann sich seiner Frau zu entsetzlichen Verbrechen verurteilt, was seine einseitige Festnahme auch gerechtfertigt erscheinen läßt. Krumann und dessen Frau lebten seit einem Jahre in sehr unglücklicher Ehe. Der Kohlenhändler, der etwa 40 Jahre alt ist, unterhielt seit längerer Zeit Beziehungen zu einem neun-jährigen Mädchen, das bei seinen Eltern auf Langgarten wohnte.

Es soll zwischen den Eheleuten auch schon seit einiger Zeit eine Scheidungsfrage im Gange sein. Die Blätter, vorausgesetzt, daß es sich um eine solche handelt, müßte sich in der Nacht von Sonntag zu Montag abgespielt haben. Eine unter den Krumanns wohnende Bekannte der Frau Krumann will gehört haben, daß sie am Sonntag abend gegen 10 Uhr eilig die Treppe hinabkam und aus dem Hause heraustrat. Am Montag vormittag wurde ihre Leiche dann treibend in dem Kanal der Toten Weiche gefunden, der nur wenige Schritte von dem Grundstück entfernt vorbeifließt. Krumann behauptet, daß er den Tod seiner Frau unmittelbar herbeigeführt hat, und behauptet, es läge Selbstmord oder ein Unglücksfall vor. Die Obduktion der Leiche, die voraussichtlich heute vorgenommen wird, kann erst mit Bestimmtheit ergeben, ob der auf Krumann ruhende Verdacht des Mordens aufrecht erhalten werden kann.

Stadttheater Danzig. Kammerfängerin Mine Sanden, Leipzig, wird in der am Sonntag, den 6. Februar, stattfindenden Aufführung der Oper „Garmen“ ein einmaliges Gastspiel abspielen. Die Künstlerin ist hier noch durch ihre großen Erfolge als Hedda-Walaxa in den letzten Juppeter Waldsitzspielen in bester Erinnerung. Die Vorstellung findet außer Abonnement bei erhöhten Preisen statt.

Neues Operetten-Theater. Am kommenden Sonntag findet die Uraufführung der Operette „Die Pringenjagd“ von Fritz Grünbaum und Georg Reichert. Musik von Ludwig Friedemann. Statt. Die Direktion bringt das Werk noch vor der Berliner Aufführung, ehe es im nächsten Monat bei der Romischen Oper in Szene geht, heraus, so daß diese Operette hier gewissermaßen aus der Taufe gehoben wird. Von denselben Autoren stammt auch die „Tollartversteigerung“ und „Tretmaderhäuser“. Der Komponist Ludwig Friedemann wird bei der Uraufführung seines Werkes anwesend sein.

Der erste Lichtbildabend des sozialdemokratischen Vereins, der gestern nachmittag stattfand, war von einer zahlreichen Kundenschaft besucht. Alle ergötzen sich an den bekannten Streichen der beiden Hohen Max und Moriz. Einige Zugaben vervollständigten das

Programm. Mit dem Entschenden nicht solche Subventionen zu begeben, wie die Max und Moriz, trennte sich die Kundenschaft. Heute, Mittwoch, nachmittag 5 Uhr, wird das Mädchen „Frau Geier“, die Gutschlag-Geschichte und das lustige Liebesgeschick. Maxen zum Preise von 60 Pf. nach dem 4 1/2 Uhr ab, an der Kasse, Gutschlag, Gutschlag, zu haben. Donnerstag nach einmal Max und Moriz.

Vollgehehrte vom 2. Februar 1921. Verhaftet: 12 Personen, darunter: 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord, 1 wegen Verhinderung, 1 wegen Zuchthaus, 3 in Vollgehehrte. — Obdachlos: 1 Person.

Standesamt vom 2. Februar 1921.

Todesfälle: Arbeiter Nikolaus Rodn, 61 J. 1 W. — Hospitantin Maria Magdalena Goerke, 81 J. 5 W. — Frau Johanna Arnborn geb. Freistowski, fast 68 J. — S. des Schmieds Paul Rabig, 4 W. — Unterwachmeister Max Kernspecht, 20 J. 3 W. — Frau Maria Rallon geb. Weich, 30 J. 7 W. — S. des Arbeiters Paul Pawlowski, 8 W. — Unehel. 1 S. totgeboren.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Kurszahl 74)	7 1/2	(am Vorgabe 7 1/2)
Dollar:	62-63	64
Englische Pfund:	235	240
Frank:	4,95	4,40

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 2. Februar 1921.

	gestern	heute		gestern	heute
Jawisch	1,24	1,24	Einlage	1,88	1,88
Wischau	1,40	1,40	Schwaben	2,82	2,82
Thorn	1,40	1,40	Schwan O. P.	4,66	4,62
Kordon	1,40	1,40	Neuhöfener	2,08	2,00
Calin	1,40	1,40	Waldsitz	0,24	0,25
Brandenburg	1,40	1,40	Kuwachs	1,40	1,50
Kurzbrack	1,40	1,40			
Montauerholze	1,10	1,10			
Piechel	1,10	1,12			

Wechsel: Von km 0 (Schlöss) bis Einlage eistrei, weiter bis zur Mündung ganz schwaches Eisstreifen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Friedrich Bolze, beide in Danzig; für die Infante Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Billige Blusen

aus Washstoffen, Wolle und Seide
bringe ich in den neuesten Formen und Farben

- Bluse aus weißem Schleierstoff, Kimonoform mit reicher Stickerei 39⁷⁵
- Bluse aus bedrucktem Batist und Musselin, hübsche Muster, kleidsame Formen 39⁷⁵
- Bluse aus weißem Batist, Vorderschluß mit langen Aermeln, reich bestickt 49⁵⁰
- Bluse aus gutem Sportflanell in dunkeln Mustern, Hemdblusenform 49⁵⁰
- Bluse aus bedrucktem Schleierstoff, niedliche Muster auf hellem Grund 58⁰⁰
- Bluse aus reinwollenem Stoff, jugendliche Form, Vorder- teil bestickt 98⁰⁰
- Bluse aus guter, weicher Seide in verschiedenen Farben mit Stickerei, sehr fesche Form 148⁰⁰
- Bluse aus gutem Chinakrepp in entzückender Farbenausmusterung, nette Form 165⁰⁰

Weißer Kleider
aus Batist und Schleierstoff, bestickt, moderne neue Formen
128⁰⁰ 195⁰⁰ 240⁰⁰

Seidenkleider
für Tanz und Gesellschaft, in allen modernen Geweben, Formen und Farben
390⁰⁰ 495⁰⁰ 575⁰⁰

Nathan Sternfeld

Danzig Langfuhr

(3528)

Wichtig! Wichtig!
Großer Posten
Marine- Kommiß-Luche
in alter Preisqualität eingetroffen.
Fertige Marine- Hosen stets vorrätig. Sehr preiswerte Knöpfe, Hosen u. Polsterstoffe. (3409)
Gehr. Kuhn,
Zugbanding,
Wilschewitz 8.

Frauen
benötigen bei Störung der Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sofort Präparate Marke:
Sorgenfrei.
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1.— Vorinjundung. Generaldepot: H. Schäfer, München, Arnulfstr. 42. (2886)

Rattengift Häusetod
Drogerie am Dominikanerplatz Junkargasse 12 (3474)

Goldfarbiger Auktobak, Stange 1.50 Mk., frisch eingetroffen. Wieserwerk. Rad. Carl Conrad vom Reich. Alan, Althof, Graben 106, Ecke Dr. Mühlengasse. (3531)

Genossen, Seier und Gefinnungsfreunde
Geschäfte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Aufmerksamkeit! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die Inserenten der „Danziger Volksstimme“

Karneval Zoppot 1921

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 2. Februar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1.

Dies irae

Tragödie in 6 Bildern von Anton Wildgans.
In Szene geleitet von Oberregisseur Hermann Bier.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten B 1.
Carmen. Große Oper.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Don
Juan. Oper.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
Die Hatten. Berliner Tragikomödie.
Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr. Kleine Preise. Prima
Vollstauer und Pringsheim Konjakk.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr. Ruhiger Abonnement bei
erhöhten Preisen. Einmaliges Gollitzel der
Kammermusik in Wina Sanden-Kleppig. Carmen.
Große Oper.

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Hosinger u. Direktor Paul Bannmann.
Konstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Mittwoch, den 2. Februar

Anfang 7 Uhr. Anfang

3 Zwillinge

Schwank in 3 Akten v. Toni Impokovan
und Karl Mathern.
Morgen Donnerstag, den 3. Februar
„Das Glücksmädel“.
Sonntag, den 6. Februar
Zum 1. Male.
„Prinzenjagd“
(Uraufführung).

Vorverkauf findet tagl. v. 10—4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9—3 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Plätzen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

FEST-PROGRAMM

vom 5. bis 8. Februar

Sonnabend, 5. Febr. abends 8 Uhr im Kurhaus:

Inauguration des Karnevals Einzug des Prinzen Karneval und Tanz

Karnevalistische Veranstaltungen und Ball in nachstehenden Lokalen:
Bahnhofs-Hotel, Bandelows Hotel, Hotel Sedan, Central-Hotel, Kaffee „Edler“,
Cabaret „Schwabe“, Odeon „Nonneck“ zur Mitternachts, Petersburger Hof, Hotel
Reichsadler, Hammerklause, Klaußens Hotel, Rheingoldstraße.

Sonntag, 6. Febr., vormittags 11 Uhr:

Karnevalistisches Promenaden-Konzert Karnevalistisches Rodeln

nachmittags 2 Uhr:

Großer karnevalistischer Festumzug

ausgehend von der Schulstr., Ecke Franzstr., durch Seestr., Nordstr.

Nachmittags 5 Uhr: Große Festvorstellung im Theater

Robert und Bertram. In 3 Akten. 4 Bilder.

Abends 8 Uhr ab: Karnevalistische Veranstaltungen und Bälle
in den oben angeführten Lokalen. (Siehe Extra-Plakat.)

Montag, 7. Febr., nachmittags 4 Uhr.

Große Modenschau im Kurhaus

Vorführung der neuesten Modenschöpfungen des In- und Auslandes
gestellt vom Modenhause Walter & Fleck, Danzig.
Konzert der Kurkapelle und Auftreten erstkl. Künstler.

Abends 8 Uhr. Karnevalistische Hauptsitzung im Kurhaus.
Humoristische Veranstaltungen und Bälle in vorgenannten Lokalen.
Siehe Extra-Plakat.

Dienstag, 8. Febr., abends 8 Uhr:

FASTNACHTSBÄLLE

Jubel und Trübel in allen vorgenannten Lokalen. Siehe Extra-Plakat.

Aschermittwoch:

Schluß und Kehraus im Beamten-Erholungsheim.

Dauerkarten für sämtliche Veranstaltungen gültig, sind zum Preise von
10—15 Mk. in Danzig im Deuma-Haus, in Zoppot Dro-
gerie Querstr. 6, Kieslich a. Markt, Stiller, Seestr. 36 und Zoppoter Zeitung
zu haben. — Tanzkarten an den Kassen in den obengenannten Lokalen.

Die Bade-Kommission. Der Arbeits-Ausschuß.

Künstlerspiele

Danziger Hof

Direkt.: Alex Braune. Konstl. Leitung: P. Pfeiffer.

Das Bomben- Programm
im Monat Februar!

Elsa Krüger

John Hamilton kom. Mai-Akt	Tom Jersey Hundschattenkunst
Ely Lynowska Tanzschönheit	Eise Röttcher Vortragskunst
Erich Charlton Grotesk-Komik	Peter Pfeiffer der Bekannte
Ossi und Hedl Tanzpaar	Geschwister Döll Expressionist. Tänze
2 Kaufmanns Rollschuh-Tänzerin.	Mathi Maska Vortragskünstlerin

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag nachmittags 4 Uhr

Künstlerdiele

Original Wiener Schrammeln (352)

Natursänger

Taglich 4-Uhr-See mit Tanzaufführungen

Ein sportliches Ereignis für Danzig

Boxen

3 Großkampftage!

im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause
am 7., 9. und 11. d. Mts.

Nur erstklassige Teilnehmer und Kämpfer
Kampfpreise täglich gegen 20 000 Mark

Alles weitere in den nächsten Tagen
durch Anzeige und Säulenanschlag
Vorverkauf: Warenhaus Gebr. Freymann,
Kohlenmarkt

Sichern Sie sich rechtzeitig einen Platz

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokosaal

Donnerstag:

5-Uhr-Tanz-Tee

Stoff-Orchester 10 Solisten (3554)

Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränk

Sonnabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Familienabend



Brett'l

Sensations-Programm



4-Uhr-Tee

Tanzvorführungen Jaqui
und sonstige Einlagen



Kaffee

Geigerkönig Mai
mit erstklassigen Kabarett-Einlagen

PAROLE!



Lichtbild-Theater Apollo

III. Damm 3.

Spielplan
vom 2. 2. bis 4. 2.

BRUNO KASTNER in Der Feuerreiter!

Sensations-Schauspiel in 5 Akten.

Lillis Liebes-Leiter!
Prachtvolles Lustspiel in 2 Akten.

Die drei Rubine!
Großes Detektivdrama in 5 Akten. (3529)

Sämtliche Bände

der
Arbeiter = Gesundheitsbibliothek

wieder vorrätig.

Buchhandlung „Volksmacht“,
Im Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Internationaler Jahrmärkt
in Danzig
Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus
am Freitag, 4. Februar, 7 Uhr abends.
Erscheinen in Nationalkostümen
erwünscht. — Nur erste Kräfte des Stadttheaters.
Eintrittspreise 2 M., Tax 3 M. spezial Steuer. — Karten-
verkauf: Verkehrsamt, Stadtgasse 5; Deumehaus Lang-
gasse; W. Thiel, Langgasse, Hauptstraße 19; Abendrotte.
Danziger Esperanto-Gesellschaft.

**Einem Weltruf verdient
Legionka**
Tabak, heller Virginia
mild, bekömmlich, billig
überall erhältlich!

Institut für Zahnleidende
Telefon 2621. Pfeifferstadt 71. Nähe Bahnhof.
Spezialärztl. Abteil. Spezialtech. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.
Zahnarzt mit und ohne Ozeanplatte aller Systeme. Reparaturen, Umarbeitungen schnellstens. Maß-Kostenberechnung.
Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12. (3546)

J. A. Schnibbe
Danzig, Hundegasse 18/20 gegenüber der Post
Kunsthandlung
und Werkstätte für stilgerechte
Bilder-Einrahmungen.
Begr. 1838. Tel. 3343. (3326)

Volkfürsorge
Bewerkschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungs-
Anstaltengesellschaft
kein Policenverkauf
— Sterbefälle.
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von hier
Rechnungstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Keine
Brennstoffnot!
Trockenes
**Stubben-
holz la**
Eichen und Kiefer
in Scheunen lagernd,
empfehlen a Zentner
Mk. 13,50 ab Lager
Wih. Pillwitz,
Am Trumpfturm 7
(Nähe Wallplatz).
Es kommt nur Holz
zum Verkauf, welches
bis ca. 6 Wochen in
trockenen u. luftigen
Scheunen lagert!

Dauernden Nebenverdienst
bei Kurzweil und Scherz.
Gratistliste. M. Schell,
Queudnau Pr. (3534) Pfeifferstadt 43 (Laden)

Rat und Auskunft
in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen
und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends
Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 II, Zimmer 4.